Ä6 Wir sind APO, nicht apolitisch!

Antragsteller*in: Felix Kalbe (LV Grüne Jugend Thüringen)

Änderungsantrag zu A12

Von Zeile 40 bis 81:

~~Solidarität mit allen Arbeiter*innen und Antifas!~~

~~Die Abschaffung der Schuldenbremse wird es mit einer CDU-angeführten Landesregierung nicht geben, genauso wie konsequente durchfinanzierte antifaschistische Demokratiebildung- und Arbeit. Wir als GRÜNE JUGEND THÜRINGEN sind solidarisch mit allen Antifaschist*innen. Zudem verurteilen wir die staatlichen Repressionen unter denen Menschen, die sich für unsere Demokratie einsetzen, immer wieder leiden. Vor allem, da sie auf Grundlage der widerlegten Hufeisen-Theorie gerechtfertigt werden. Wir unterstützen antifaschistische Organisierung & Demonstrationen in Stadt und Dorf, und wollen uns in den nächsten Jahren intensiv der antifaschistischen Bündnisarbeit widmen.~~

~~Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland ist nach wie vor erheblich. Während Menschen im Westen durchschnittlich 4.578 Euro verdienen, liegt das Monatsgehalt ihrer Kolleg*innen im Osten bei nur 3.754 Euro. Ostdeutsche Beschäftigte streiken seltener als ihre westdeutschen Kolleg*innen, was auch auf die geringere Tarifbindung zurückzuführen ist. In Thüringen arbeiten nur 44 % der Beschäftigten in tarifgebundenen Verhältnissen – das ist der niedrigste Wert deutschlandweit. Auch das Vermögen ist nach wie vor ungleich verteilt und sorgt für massive Ungerechtigkeiten. In Thüringen leben mehr als 20% der Kinder und Jugendlichen in Armut. Jetzt gilt es: Alle in die Gewerkschaften! Wir stehen solidarisch an der Seite aller streikenden Arbeitnehmer*innen und streiten weiter für echte Umverteilung von oben nach unten und dafür, dass kein Kind mehr in Armut aufwachsen muss.~~

~~Und was nun?~~

~~Aus Perspektive der Grünen Jugend sind zwei Dinge zentral: Erstens gilt es, weiter Druck auf Landespolitik zu machen, für unsere Forderungen und systemische Antworten auf Klima-, Bildungs- und Demokratiekrise einzustehen. Zweitens ist uns klar, dass tiefgehende gesellschaftliche Transformation niemals vom Parlament ausgeht, sondern von den Menschen. Parlamentarische Arbeit ist nur ein Mittel auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft. Deshalb gilt es in den nächsten Jahren umso mehr, außerparlamentarisch für die Rechte marginalisierter Gruppen in unserer Gesellschaft einzutreten – unabhängig davon, ob diese Menschen durch Rassismus, Armut, Queer- oder Frauenfeindlichkeit benachteiligt sind. Uns zu organisieren und besser zu vernetzen, Schutzräume für junge Menschen vor Ort zu bieten und linke Praxis auf die Straße zu tragen.~~Solidarität mit allen Arbeiter*innen und Antifas!

Die Abschaffung der Schuldenbremse wird es mit einer CDU-angeführten Landesregierung nicht geben, genauso wie konsequente durchfinanzierte antifaschistische Demokratiebildung- und Arbeit. Wir als GRÜNE JUGEND THÜRINGEN sind solidarisch mit allen Antifaschist*innen. Zudem verurteilen wir die staatlichen Repressionen unter denen Menschen, die sich für unsere Demokratie einsetzen, immer wieder leiden. Vor allem, da sie auf Grundlage der widerlegten Hufeisen-Theorie gerechtfertigt werden. Wir unterstützen antifaschistische Organisierung & Demonstrationen in Stadt und Dorf, und wollen uns in den nächsten Jahren intensiv der antifaschistischen Bündnisarbeit widmen.

Wer die tiefgreifenden gesellschaftlichen Probleme in Thüringen begreifen und lösen will, muss anerkennen, dass der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland immer noch gravierend ist.

Während Menschen im Westen durchschnittlich 4.578 Euro verdienen, liegt das Monatsgehalt ihrer Kolleg*innen im Osten bei nur 3.754 Euro. Ostdeutsche Beschäftigte streiken seltener als ihre westdeutschen Kolleg*innen, was auch auf die geringere Tarifbindung zurückzuführen ist. In Thüringen arbeiten nur 44 % der Beschäftigten in tarifgebundenen Verhältnissen – das ist der niedrigste Wert deutschlandweit. Auch das Vermögen ist nach wie vor ungleich verteilt und sorgt für massive Ungerechtigkeiten. In Thüringen leben mehr als 20% der Kinder und Jugendlichen in Armut. Jetzt gilt es: Alle in die Gewerkschaften! Wir stehen solidarisch an der Seite aller streikenden Arbeitnehmer*innen und streiten weiter für echte Umverteilung von oben nach unten und dafür, dass kein Kind mehr in Armut aufwachsen muss.

Und was nun?

Aus Perspektive der Grünen Jugend sind zwei Dinge zentral: Erstens gilt es, weiter Druck auf Landespolitik zu machen, für unsere Forderungen und systemische Antworten auf Klima-, Bildungs- und Demokratiekrise einzustehen. Zweitens ist uns klar, dass tiefgehende gesellschaftliche Transformation niemals vom Parlament ausgeht, sondern von den Menschen. Parlamentarische Arbeit ist nur ein Mittel auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft. Deshalb gilt es in den nächsten Jahren umso mehr, außerparlamentarisch für die Rechte marginalisierter Gruppen in unserer Gesellschaft einzutreten – unabhängig davon, ob diese Menschen durch Rassismus, Armut, Queer- oder Frauenfeindlichkeit benachteiligt sind. Uns zu organisieren und besser zu vernetzen, Schutzräume für junge Menschen vor Ort zu bieten und linke Praxis auf die Straße zu tragen.